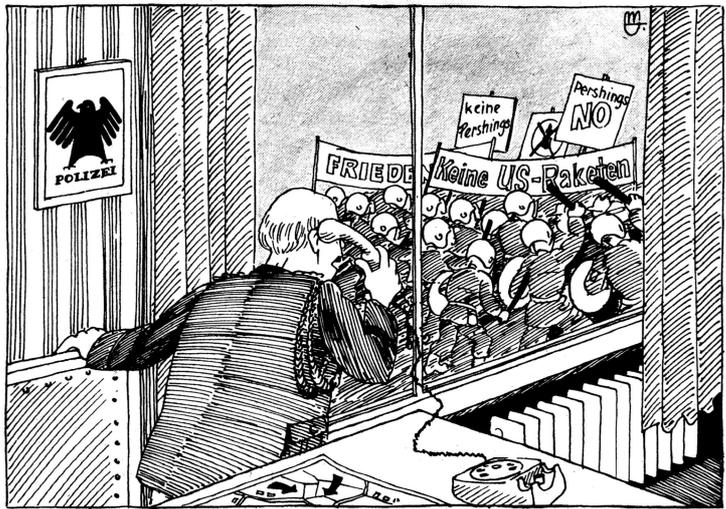


damit auch der USA-Politik dient. Entgegen allen Beteuerungen, in der BRD herrsche Freiheit und Demokratie, haben deren NATO-Regierungspolitiker systematisch ein geistiges Klima der Diffamierung und Verunglimpfung geschaffen, um die machtvollste Antikriegsbewegung der BRD zu stoppen. In einem Staat, in dem ein Vollstopfen mit nuklearen US-Erstschlagwaffen als Symbol für höchste Sicherheit gilt, der keine die Volksmassen überzeugenden Argumente mehr hat, triumphieren die Verleumdung und die Gewalt.

Eigens zur Verleumdung der Friedensbewegung wurde beispielsweise im Vorfeld der Raketenstationierung ein spezielles Hetzsteuerorgan im BRD-Presseamt installiert. Unter Anleitung dieses Diffamierungsstabs wurde der Friedensbewegung nicht nur das demokratische Recht, ihrem Friedenswillen Ausdruck zu geben, abgesprochen. Ihr wurde sogar unterstellt, sie stelle eine Bewegung der „Kriegsförderer“ und eine „Friedensgefährdung“ dar. Für „Bundesverteidigungsminister“ Wörner, der sich seinen Worten und Handlungen nach mehrfach als konsequenter Verfechter der aggressiven Politik der Reagan-Administration auswies, leisten Teile der Friedensbewegung einen „handfesten Beitrag dazu, daß die Kriegsgefahr wächst“. Sie steigern nämlich durch ihre Aktionen die „Aggressivität Moskaus“. Solcher oder ähnlicher Redewendungen bedient sich nicht nur Wörner. Sie sind Ausdruck der vom Imperialismus schon seit Bestehen des ersten sozialistischen Staates betriebenen antikommunistischen und antisowjetischen Hetze. Mit der angeblichen Gefahr aus dem Osten sollen die imperialistischen Kriegspläne gerechtfertigt und die Bürger in den kapitalistischen Ländern für den „Kreuzzug gegen den Sozialismus“ reif gemacht werden. Ganz in diesem Sinne ist die von den imperialistischen



„Nein! Bei so schlagfertigen Staatsdienern besteht keine Gefahr für Freiheit und Demokratie.“

Zeichnung: MartinJahn

Kreuzzugritten und Raketenfanatikern entfachte ideologische Kampagne zu verstehen, die Friedensbewegung als eine „Filiale Moskaus“ hinzustellen.

Mit der Drohung, man „müßte die Aktivitäten der Friedensbewegung aus der Sicht von Umtrieben der Terroristen beurteilen“, so der Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, H. Hellenbroich, trat zur Methode der Diffamierung die der versuchten Kriminalisierung. Für F. J. Strauß stellt sich die Friedensbewegung folgendermaßen dar: „Die Friedensbewegung hat mobilgemacht, die Armeen des politisch-psychologischen Krieges marschieren, Straßen und Plätze werden zu Schlachtfeldern umfunktioniert.“ Da nimmt es nicht wunder, wenn im letzten „Verfassungsschutzbericht“ unter der Rubrik „sicherheitsgefährdend“ antifaschistische und kirchliche Organisationen verzeichnet sind, die sich am Friedenskampf beteiligen.

Auch nach der begonnenen Stationierung der nuklearen Erstschlagwaffen in der BRD setzen die Bonner Konfrontationspolitiker alles daran, die Friedensbewegung, die nun unter dem

Motto „Jetzt erst recht“ für den Stopp und den Abzug der US-Atomraketen kämpft, zu diffamieren. So versuchte die Bundestagsfraktion der CDU/CSU mit einer speziellen Erklärung zum „Widerstandsrecht in der Demokratie“ ein Klima zu schaffen, in dem der politische und rechtliche Bewegungsspielraum der Friedensbewegung eingeschränkt und diese kriminalisiert wird. Dazu* wird beispielsweise das im Grundgesetz verankerte Recht des Bürgers auf Widerstand verfältscht. Alle Aktionen für Frieden und Demokratie, so die Erklärung der CDU/CSU, seien „ungesetzlich“ und „strafwürdig“.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende A. Dregger verunglimpfte die Friedensbewegung in einer Kommentierung zu dieser Erklärung, indem er feststellte, „dem Fanatismus undemokratischer Gruppen (müsse man) entschlossen entgegenzutreten“. Auch der CDU-Generalsekretär H. Geißler stimmt in diese Stimmungsmache gegen die Friedensbewegung ein. So behauptet er, die Friedensbewegung bestünde „aus Angstkampagnen und spektakulärem Aktionismus“.